

Linke nehmen Sparprogramm ins Visier

Finanzdirektor Ernst Stocker präsentiert für 2016 einen satten Ertragsüberschuss

Der Kanton Zürich schliesst das vergangene Jahr mit einem Plus von 390 Millionen Franken ab. EVP, Linke und Gewerkschaften stellen nun die Leistungsüberprüfung 2016 infrage. Die Bürgerlichen halten dagegen.

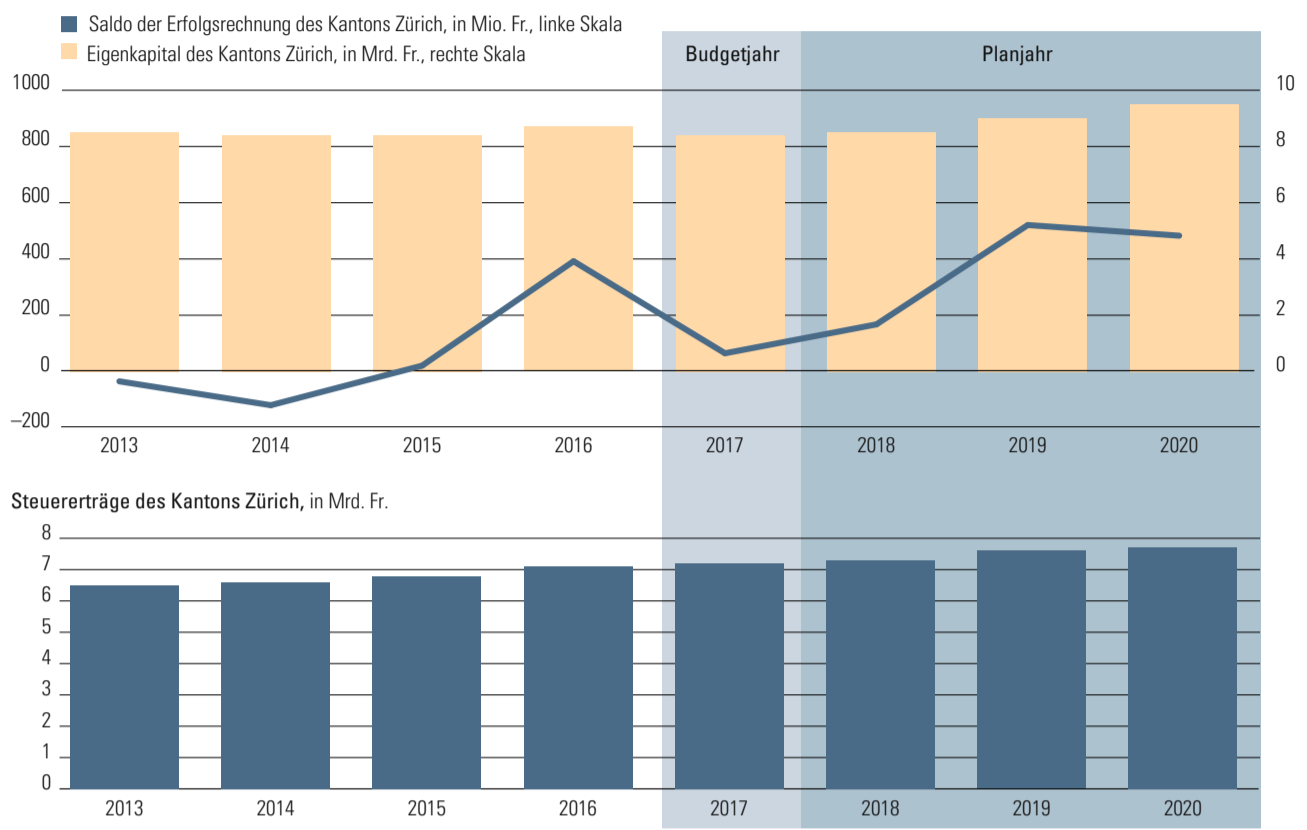
ANDREAS SCHÜRER

Es sah schon düsterer aus, und so hat sich Finanzdirektor Ernst Stocker (svp.) am Freitag denn auch schon fast poetisch geäussert: So blau wie draussen der Himmel über Zürich, so blau sei es auch über der Rechnung 2016 des Kantons. Budgetiert war ein Ertragsüberschuss von 69 Millionen Franken – Stocker konnte ein Plus von 390 Millionen präsentieren. Der Ertrag überschritt erstmals die Grenze von 15 Milliarden Franken (15,24), der Aufwand blieb knapp darunter (14,86).

Auch dank Sondereffekten

Anzufügen sind aber auch einige Grautöne. Zum einen sind 200 Millionen Franken des Gewinns mit Sondereffekten zu erklären. Zurück gehen diese unter anderem auf eine Auflösung der nicht mehr benötigten Rückstellung von 69 Millionen Franken für die abgeschlossene Sanierung der Pensionskasse BVK, auf Buchgewinne in Höhe von 91 Millionen Franken in der Bewertung von Liegenschaften im Finanzvermögen und auf eine Sonderausschüttung des Flughafens Zürich, von dem der Kanton der grösste Eigentümer ist. Zum anderen ist relativierend anzumerken, dass in die Berechnung des mittelfristigen

Entwicklung der kantonalen Finanzen



QUELLE: FINANZDIREKTION DES KANTONS ZÜRICH

NZZ-Infografik/lea.

4,5 Prozent auf 7,1 Milliarden Franken zu, was einen neuen Höchstwert bedeutet. Im Detail zeigt sich, dass besonders die Erträge aus Unternehmenssteuern stark zunahm, um 11,2 Prozent auf 1,4 Milliarden Franken, wobei dies zum grossen Teil aus Nachträgen aus früheren Jahren zu erklären ist.

Nicht ausgeschöpft hat der Kanton das Budget bei den Investitionen. Brutto wurden in dieser Rechnung 770 Millionen Franken ausgegeben, 72 Prozent der budgetierten 1075 Millionen. Da zugleich höher als erwartete Investitions-einnahmen anfielen, etwa weil Spitäler Darlehen vorzeitig zurückzahlten, schliesst die Netto-rechnung mit Investitionen von 407 Millionen Franken.

Stocker sieht in der Rechnung 2016 insgesamt eine gute Ausgangslage für künftige Herausforderungen. Dafür nannte er unter anderem die ungewisse Umsetzung der Lü 16 und der Reform der Unternehmensbesteuerung sowie das Wachstum des Kantons. Die Lü 16 sei nicht «Tempi passati», sagte Stocker. Der Kantonsrat, der über Sanierungsmassnahmen in Höhe von etwa einer halben Milliarde Franken zu befinden hat, sei an die Gesamtsumme gebunden. Wenn er wie geschehen und teilweise noch geplant Anpassungen am Paket der Regierung vornehme, müsse er Gegenfinanzierungen vorlegen – sprich alternatives Sparpotenzial. Zur Untermuerung dieser Forderung griff Stocker nochmals in die Poesiekiste: «Der Tanker «Kanton Zürich» ist auf Kurs, wir müssen aber das Steuerrad fest im Griff behalten.»



Ernst Stocker
Finanzdirektor des
Kantons Zürich

Einen völlig anderen Kurs vor Augen haben SP, AL und Gewerkschaften. Für die SP beweist der satten Überschuss, dass die Lü 16 unnötig sei. Nun zeige sich, dass die «Abbaupolitik der Rechten» nur ideologisch motiviert sei: Sparen sei für sie zum Selbstzweck verkommen. Die SP bemängelt zudem eine «rekordtiefe Ausschöpfung» des Investitionsbudgets. Einen Abbruch der «Lü-16-Sparübung» fordert auch die AL. Der Kanton budgetierte regelmässig viel zu pessimistisch. Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich schreibt: «Der finanzpolitische Alarmismus des Regierungsrats hat einmal mehr als Legitimation für Kahl-schlag gedient und sich dann als unbegründet erwiesen.» Die Grünen äussern sich zurückhaltender. Der Kanton sei auf gutem Weg, in den nächsten vier Jahren brauche es aber mehr als Sondereffekte. Dass die Bürgerlichen im Rahmen der Lü-16-Umsetzung den Pendlerabzug auf 5000 statt auf 3000 Franken begrenzen und die Steuer auf Erträgen mit zusatz-versicherten Patienten streichen wollen, bezeichnen sie als Klientelbewirtschaftung. Stattdessen gelte es dem kantonalen Personal, das immer mehr ins Hinter-

treffen gerate, Lohnerhöhungen zu gewähren. Die EVP anerkennt, dass Sparen nötig bleibe – für Hysterie bestehe aber kein Anlass.

Erst «solides Zwischenergebnis»

Die Bürgerlichen sehen auf der anderen Seite keinen Anlass, von der Lü 16 abzurücken. Für die SVP wäre es verantwortungslos, aufgrund dieses einen positiven Abschlusses bereits die Sparschraube zu lockern. Der mittelfristige Ausgleich sei noch längst nicht wieder erreicht. Damit künftig nicht nur der Staat, sondern auch Wirtschaft und Gewerbe wachsen könnten, dürften Steuersenkungen kein Tabu sein. Auch die FDP betont, dass erst ein solides Zwischenergebnis auf dem Weg zur Haushaltssanierung erreicht worden sei. Dieses gebe dem Regierungsrat Spielraum dafür, eine echte Leistungsüberprüfung vorzunehmen, statt Steuerzahler, Krankenversicherte oder Gewerbe stärker zu belasten. Auch die CVP hält am Sparkurs fest – es sei zu früh, in Euphorie zu verfallen. Positiv nehme sie zur Kenntnis, dass die Sparvorgaben innerhalb der Verwaltung Wirkung entfaltet hätten. Die GLP sieht im guten Ergebnis für das Jahr 2016 die robuste Wirtschaftslage gespiegelt. Nicht in die Rechnung eingeflossen seien allerdings die finanziellen Risiken, die dem Kanton aus seinen Beteiligungen an verlustreichen AKW drohten. Dieses Problem müsse gelöst werden, findet die GLP, und schlägt als Möglichkeit die umgehende Veräusserung der Beteiligungen vor.

HERAUSGEGRIFFEN Schönenberg in der Fernsicht

Walter Bernet · Haben kleine Gemeinden eine Zukunft? Ja, sagt Karl Götschi am Schluss seines Referats im vollen Gemeindefaal «Dorfhuus» in Schönenberg. Es ist Götschis grosser Auftritt. Am 21. Mai stimmen Schönenberg, Hütten und Wädenswil über ihren Zusammenschluss ab. Götschis Forum Pro Schönenberg will ihn verhindern. Seine Argumente sind zum Teil finanzieller Natur. In erster Linie aber warnt er vor dem Verlust der Selbstbestimmung. Es gelte, die Schönheiten, Traditionen und Eigenarten des Dorfes zu schützen und weiterzuentwickeln.

Zur grossen Veranstaltung des Forums haben Götschi und seine Mitstreiter neben einer Ländlermusik auch drei Zeugen aufgebeten: den emeritierten St. Galler Professor für öffentliches Recht Rainer J. Schweizer, der auch schon als juristischer Allzweck-Experte bezeichnet wurde, den Historiker und Inhaber eines «Forschungsinstituts direkte Demokratie» René Roca und den früheren Chefredaktor der «Thurgauer Zeitung» Peter Forster, der einst für die NZZ aus Israel über den Jom-Kippur-Krieg berichtet hat und heute den «Schweizer Soldaten» leitet.

Lauter erfahrene Männer also, die einiges zu sagen hatten. Nur nicht zu Schönenberg. Der Glarner Schweizer, der die Fusionsgegner aus Hirzel beratend unterstützt, leitete sein Referat ein mit der Feststellung, er kenne das Dorf nicht und äussere sich nicht dazu. Seine Kritik richtete sich gegen den Kanton, der den Gemeinden ein schlechtes Fusionskonzept vorgebe. Kritisch seien vor allem die Absorptionen, wie sie am linken Zürichseeufer anstehen: Kleine Gemeinden gehen in einer grossen vollständig auf. Notwendig seien zugesicherte Mitwirkungsrechte für die geschluckten Gemeinden.

Forster redete aus seiner Thurgauer Erfahrung freiwilligen, kooperativen Fusionen ähnlicher Partner das Wort. Die Gemeinde Salenstein, der er 32 Jahre als Gemeindeammann diente, lieferte das Muster. Absorptionen hingegen bereiten in der Regel Probleme. Im Thurgau habe man nach 2000 fusionierenden Gemeinden eine Vertretung im neuen Gemeinderat zugesichert, allerdings beschränkt auf acht Jahre. Und Roca, Vizeammann von Oberrohrdorf im Aargau, beklagte, dass die «Zürichsee-Zeitung» seine VPM-Vergangenheit thematisiert habe, und schilderte das Scheitern einer versuchten Fusion mit Niederrohrdorf, zu dem er als politischer Neuling wesentlich beigetragen hatte. Die Zusammenarbeit klappte heute trotzdem bestens.

Für die Schönenberger mag das Echo von ferne anregend gewesen sein, aber kaum mehr. Vielleicht stösst man nächste Woche zum heissen Brei vor. Dann steht Gemeindepräsident Lukas Matt an Götschis Stelle. Seine Sekundanten kommen aus Illnau-Effretikon und dem von diesem absorbieren Kyburg.

Zürich braucht Spielraum

Kommentar auf Seite 13

Haushaltsausgleichs nicht 390, sondern nur 180 Millionen Franken einfließen. Das ist relevant, weil der Haushaltsausgleich jener «Sorgenindex» ist, der in der Periode 2012 bis 2019 mit 1,8 Milliarden im Minus stand. Dass über diese acht Jahre ein so hoher Gesamtfehlbetrag resultierte, machte die Leistungsüberprüfung 2016 (Lü 16) nötig. Nur 180 statt 390 Millionen fließen in die Rechnung des Haushaltsausgleichs, weil in diesem die Abgeltung der Staatsgarantie für die Zürcher Kantonalbank nicht berücksichtigt wird und frühere Belastungen aus der BVK-Sanierung jährlich etappiert nachträglich abgerechnet werden.

Trotzdem konnte Stocker mit erfreulichen Zahlen aufwarten. Das Eigenkapital konnte von 8,4 auf 8,7 Milliarden gesteigert und die Verschuldung von 5,4 auf 4,8 Milliarden Franken gesenkt werden. Die Steuererträge nahmen insgesamt um

zahl verstosse nicht gegen das Rechtsgleichheitsgebot, heisst es in dem Urteil. Und das Recht der Schulleitung, Belastungen und Gutschriften auf den Stundenkonti vorzunehmen, verstosse nicht gegen übergeordnetes Recht. Das gelte auch für die Vorschrift, die wegen des dreiwöchigen Hauswirtschaftsunterrichts im Langgymnasium ausfallenden Stunden zwingend vom Stundenkonto abzuzählen.

Der MVZ prüft nun einen Weiterzug ans Bundesgericht, wie es in einer Mitteilung heisst. Er bedauert, dass das Gericht auf zentrale Fragen von Lohn und Arbeitszeit keine Antwort geben wolle. Überrascht sei man nicht, aber enttäuscht, obwohl der MVZ grundsätzlich die Ansicht teile, Arbeitszeitfragen seien sozialpartnerschaftlich zu lösen.

IN KÜRZE

Skyguide führt in Zürich nächtliche Messflüge durch

asü. · Vom 13. bis 26. März finden am Flughafen Zürich Messflüge statt, um Navigationsanlagen zu überprüfen. Sie werden laut einer Mitteilung am Nachmittag und in der Nacht bis 2 Uhr durchgeführt werden. Eingesetzt werden soll ein zweimotoriges Propellerflugzeug vom Typ Beechcraft King Air 350. Verantwortet und geplant werden die Flüge von der Flugsicherung Skyguide.

Rekurse gegen Thalwiler Wohnsiedlung abgelehnt

wbt. · Seit rund 14 Jahren plant die Gemeinde Thalwil an der Erneuerung ihrer Wohnsiedlung Breiteli. Längst ist der Entscheid für ein Projekt mit Neubau-

ten und Verdichtung gefallen. Gegen den von der Gemeindeversammlung am 9. Dezember 2015 genehmigten privaten Gestaltungsplan wurden aber zwei Rekurse eingereicht. Diese sind jetzt vom Baurekursgericht nach einem Augenschein im Januar im Beisein der Parteien abgelehnt worden. Rechtskräftig ist der Entscheid allerdings noch nicht.

Fischotter statt Biber im Wildnispark Zürich

wbt. · Die vier Fischotter auf dem Langenberg im Wildnispark Zürich bekommen mehr Platz. Nachdem der letzte Biber im letzten Sommer gestorben war, wurde sein Gehege mit künstlichem Bach über eine Wasserröhre mit der Anlage der Fischotter verbunden. Die drei weiblichen und der männliche Fischotter haben daran Gefallen gefunden. Die solitär lebenden Tiere können sich so auch einmal aus dem Weg gehen oder zur ungestörten Aufzucht von Jungen

abgetrennt werden. Auf die Haltung von Bibern wird künftig verzichtet. Im Unterschied zu Letzteren sind die Fischotter tagsüber aktiv und lassen sich deshalb besser beobachten.

Einbrecher in Thalwil in flagranti verhaftet

cah. · Ein Einbrecher ist am Donnerstagabend in Gattikon durch die Kantonspolizei Zürich verhaftet worden, als er dabei war, in ein Einfamilienhaus einzudringen. Eine Nachbarin hatte die Polizei alarmiert. Die ersten Polizisten, die am Ort waren, konnten den Täter sehen, als er gerade in ein Fenster im Erdgeschoss einsteigen wollte. Als er die Polizei bemerkte, versuchte er zu fliehen. Nach wenigen Metern konnte der Einbrecher gestoppt werden. Es handelt sich um einen 37-jährigen Rumänen mit Wohnsitz in Grossbritannien, der sich als Tourist in der Schweiz aufhält. Der Täter ist polizeilich bekannt.

Deutschlehrer blitzen ab

Verwaltungsgericht hält Lü-16-Massnahmen für zulässig

wbt. · Zu den vom Regierungsrat im Rahmen der Leistungsüberprüfung Lü 16 angeordneten Massnahmen gehört die Erhöhung der Lektionenzahl der Mittelschullehrer für Deutsch und moderne Fremdsprachen. Sie sollen neu wie ihre Kolleginnen und Kollegen wöchentlich 23 statt 22 Lektionen unterrichten. Zudem sollen die wegen des «Husi»-Unterrichts ausfallenden Stunden neu dem Stundenkonto der Lehrer belastet werden. Mit diesen Massnahmen will die Bildungsdirektion ab 2018 jährlich 5,5 Millionen Franken sparen.

Drei Lehrkräfte und der Verband der Zürcher Mittelschullehrer (MVZ) haben dagegen Beschwerde erhoben. Wie das Verwaltungsgericht am Freitag mitgeteilt hat, ist die Beschwerde abgelehnt worden. Die Erhöhung der Lektionen-